

Juli 2015

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Werkverträge
 - Sanierer bei Volkswagen?
 - Fritz: Schönen Urlaub
 - Solidarität mit Conti-Kollegen
 - Die Reichen und der Rest
 - TTIP verhindern
 - OXI - Nein zum Europa der Konzerne
- www.roter-kaefer.de

Auch bei Volkswagen:

„Mittendrin und nicht dabei!“

Unter diesem Titel berichtete die „metallzeitung“ in der Maiausgabe über den Missbrauch von Werkverträgen - nicht in Schlachthöfen im Oldenburger Münsterland, sondern in „Musterfabriken“ der deutschen Industrie, auch der großen Autokonzerne. Der Blick hinter die Werkstore zeigt: auch Volkswagen betreibt Lohndumping durch Werkverträge.

Ein Beispiel in der Reportage der „metallzeitung“: Die „Entscheidung des Automobilherstellers BMW, einen Teil der Logistik auszugliedern und an eine Werkvertragsfirma... zu vergeben. Der Auftrag: Autoteile für den internationalen Versand in die Montagewerke im Ausland zu verpacken. Das hatten vorher überwiegend BMW-Beschäftigte zu IG Metall-Tarifen gemacht. Dann verpackten die Beschäftigten der BLG Wackersdorf für einen Bruchteil des Entgelts...“

Wie sieht es bei uns aus?

In Braunschweig wurden Jahre lang Teile der Achsmontage in der Halle 30 als Projekt der Autovision gefahren, gleich neben den weit besser bezahlten VW-Kollegen. Mittlerweile wurde die Achsmontage nach VW zurückgeholt mit Übernahme des größten Teils der dort Beschäftigten. Prima, geht doch!

Das neue Logistikzentrum in Harvesse allerdings wird als Projekt der Autovision betrieben, natürlich zu niedrigeren Entgelten als die alten VW-Logistiker. „Posi-

tiver“ Nebeneffekt des neuen Standortes aus Sicht des Unternehmens: das ungeliebte Kind Autovision ist erst mal weit weg! Werkverträge im Planungs- und Entwicklungsbereich sind seit Jahren an

zernfunktionen spielen aber Werkverträge eine weitaus größere Rolle. Neben Testfahren und Entwickeln, die teilweise durch Klagen gegen „Scheinwerkverträge“ Widerstand leisteten, sind es besonders

die „Kontraktlogistiker“ wie Schnellecke, Hansmann, Ceva und Rudolph, die mehr tun, als nur Güter von A nach B zu transportieren. Koll. Erb, 1. Bevollmächtigter der IGM, hat recht: Sie repräsentieren „ausgelagerte Bereiche von VW“ und sollten als „Teil der Wertschöpfungskette“ von der IGM vertreten werden.

Missbrauch stoppen!

„Missbrauch“ von Werkverträgen beginnt laut IG Metall „dann, wenn Unternehmen Arbeit an Dienstleister vergeben, um auf dem Rücken der Beschäftigten Geld zu



der Tagesordnung. Ob das tatsächlich immer nur befristete Projekte sind und Spitzen abgedeckt werden, darf bezweifelt werden. Zu den Verträgen im Bereich der Instandhaltung (z.B. die Kollegen von Hörmann, die schon fast zum „Inventar“ gehören) kam es teilweise, weil nicht genügend qualifizierte Facharbeiter an Bord waren, bzw. wegen diverser Sparprogramme im indirekten Bereich. Wir sparen hier die Werkverträge aus, die Gewerke repräsentieren, die nicht direkt zur Wertschöpfungskette gehören, früher aber durchaus von VW-Kollegen erledigt wurden.

In Wolfsburg sieht es ähnlich aus, aufgrund der Größe und Vielzahl der Kon-

sparen...“ (metallzeitung 5/2015). Noch viel Arbeit also für die Interessenvertretung und IGM! Ein erster positiver Schritt ist es, wenn nun CEVA die Forderung nach einem „IGM Tarif“ übergeben wurde. Und auch die Rückholung von ausgelagerter IT, wenn auch „nur“ zur Autovision, ist eine gute Nachricht.

Nicht vergessen wollen wir allerdings in diesem Zusammenhang die LeiharbeiterInnen. Bisher gelang es dem Betriebsrat in den meisten Fällen die Übernahme zu VW durchzusetzen. Wir sind der Meinung, dass es Zeit wird, alle noch verbliebenen ZeitarbeiterInnen jetzt zu übernehmen, bevor Absatzrückgänge (China!) und Rationalisierungsfortschritte greifen!

Neuer Markenchef bei VW

„Sanierer“ auf den Spuren Bernhards?

Mit dem Rücktritt von Ferdinand und Ursula Piëch aus dem Aufsichtsrat scheint der Machtkampf an der Spitze von Volkswagen erst einmal beendet. Nicht beendet ist damit die ständige Jagd des Porsche/Piëch-Clans mit seinen 51 % der Stammaktien nach maximaler Rendite. Interessant ist darum ein Bericht des „Manager Magazin“ über den neuen Vorstandsvorsitzenden der Marke VW, Herbert Diess.

Dort heißt es, dieser habe „auf seiner Bildungsreise durch die VW-Werke Autofabriken vorgefunden, bestückt mit einer Vielzahl teurer Hightechmaschinen und trotzdem noch sehr vielen Arbeitern. Und immer wieder stoppende Bänder. Modern und rückständig zugleich sei all das... Definitiv überinvestiert.“ Diess übernehme mit der Marke Volkswagen einen „Sanierungsfall“ und habe nun die Aufgabe: „Die Kernmarke aufpo-

lieren, die Kosten senken, die Rendite fast verdreifachen“.

Als Stimme der Aktionärs-Interessen beklagt das „Manager Magazin“ dann die durch den Machtkampf auf der Kapitalseite gestärkte Stellung des Betriebsrates und dessen Vorsitzenden Osterloh. Dessen Unterstützung für Winterkorn habe aber einen „hohen Preis“: „Die deutschen Werke sind heilig. Wer dort eingreifen will, die Effizienz gar per Personalabbau verbessern will, der riskiert seine Zukunft im Konzern“.

Erinnert wird in diesem Zusammenhang an den „Sanierer“ Bernhard, dessen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten gescheitert war.

Ganz besonders trauert das Kapitalisten-Blättchen dann darüber, dass „kurzfristig benötigte Leiharbeiter langfristig beschäftigt und in die Stammebelegschaft übernommen werden“ (alle Zitate: „manager magazin“, Mai 2015).

Solche Töne unterstreichen die Mahnung vom „Kollegen Fritz“ im „Roten Käfer“ vom Mai:

„Wir sollten uns allerdings darauf einrichten, dass auch bei Volkswagen der Wunsch der Patriarchen mit oder ohne Aufsichtsratsposten nach Maximalprofiten auch mal härtere Gegenwehr von uns erfordern könnte, als wir das bisher kennen.“



Fritz
wünscht einfach mal
schönen Urlaub!

Der Machtkampf zwischen Piëch und Winterkorn, ein neues Sparprogramm, das Effizienzprogramm heißt, ein neuer Markenchef, der für eine bessere Rendite sorgen soll, ein neuer Komponentenchef, eine geplante neue Struktur für Volkswagen, dauernd wechselnde Schichten, Hoffnung auf Übernahme oder Vertragsverlängerung, Hektik und Stress durch die Neuanläufe und geänderte Arbeitsorganisation und jetzt auch noch Umsatzeinbrüche.

Das erste Halbjahr 2015 war turbulent,

das zweite wird auch genug Überraschungen bieten.

Deshalb, ob sofort oder später, abschalten, Handys und Laptops, auch den Kopf soweit es dienstliche Probleme sind und einfach mal das tun, was ihr schon immer wolltet.

Ob auf dem Balkon, im Garten oder Freibad, ob in der näheren Umgebung oder im Ausland... Urlaub, einfach Urlaub!

Gute Erholung und Kraft tanken das wünscht

Euer Fritz

Bundesrepublik hat 123 Milliardäre

In der Bundesrepublik leben 123 Milliardäre. Das geht aus einer Untersuchung des Londoner Datendienstleisters Wealth-X hervor. Kein einziger der deutschen Milliardäre wohnt im Gebiet der ehemaligen DDR.

Viel tun mussten die meisten der Begüterten nicht für ihren Reichtum: Der Großteil der Vermögen ist geerbt worden. Ganz vorn mitmischen tut der Porsche/Piëch-Clan, dessen Vermögen auf knapp 41 Milliarden Euro geschätzt wird (WN, 4.6.13). Dem Clan gehören 51% der Aktien des VW-Konzerns.

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Solidarität mit Conti-Kollegen

Aus der Solidaritätserklärung der DKP-Betriebsgruppe VW an die Belegschaft Conti Gifhorn:

Wir von der Betriebsgruppe der DKP in den VW-Werken Braunschweig und Wolfsburg unterstützen Euch in eurem Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze bei der Continental AG in Gifhorn.

Wir finden es unerträglich, dass die Continental AG trotz glänzender Gewinne, die ihr erarbeitet habt, massiv Stellen vernichten und Arbeit an Billigstandorte verlagern will. Das ist Ausdruck einer hemmungslosen Profitmacherei.....

Das Beispiel Conti zeigt erneut, dass auch

hohe Profite der jeweiligen Konzerne die Arbeitsplätze nicht sichern.

Deshalb fordern wir Kommunistinnen und Kommunisten eine wesentlich stärkere Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften auch über das Was und Wie der Produktion. Ein „VW-Gesetz“ für alle Betriebe, das Standortschließungen verhindern hilft, wäre ein Fortschritt.

Langfristig sehen wir allerdings nur in einer Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hin zum Sozialismus die Chance, unsere Arbeits- und Lebensbedingungen dauerhaft zu verbessern und zu sichern.

VERMÖGENSVERTEILUNG IN DEUTSCHLAND



Die Reichen und der Rest

Deutschland ist ein geteiltes Land. Die Grenze allerdings verläuft nicht auf der Landkarte, sondern auf den Kontoauszügen. Es ist die Grenze zwischen den Reichen und dem großen Rest, und sie ist deutlich: Nach aktuellen Oxfam-Zahlen wiegt allein das Vermögen der fünf reichsten Deutschen das der untersten 40 Prozent der Bevölkerung auf. Das reichste 1% Prozent der Deutschen hat genau so viel wie 80 % der Deutschen.

IG Metall fordert Abgabe auf Supervermögen

„Über eine Abgabe auf besonders große Vermögen können europaweit 100 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden“ forderte IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb auf der industriepolitischen Konferenz in Brüssel Ende Mai. Vielleicht sollte das auch mal der Regierungspartei SPD „gesteckt“ werden, die sich mit Händen und Füßen gegen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland wehrt.

Papst kritisiert Umgang mit Flüchtlingen

Papst Franziskus hat den Umgang mit Flüchtlingen in Europa verurteilt.

Die Menschen dürften nicht »wie Ware behandelt werden«, sagte das katholische Kirchenoberhaupt Anfang Juli bei einer Rede vor Arbeitern in Turin. Durch die Einwanderer verschärfe sich der Wettbewerb um Arbeitsplätze, aber die Flüchtlinge dürften dafür nicht verantwortlich gemacht werden, denn sie seien selbst Opfer »von Ungerechtigkeit, einer Wegwerfwirtschaft und von Krieg«, sagte der Papst.

PS-Protze verhindern CO2-Rückgang

Der Boom bei den sportlichen Geländewagen, den sogenannten Sports Utility Vehicles (SUVs), verhindert eine deutliche Reduzierung des CO2-Ausstoßes.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden teilte Ende Juni mit, das Durchschnittsauto habe 2005 noch 123 PS gehabt, 2013 dann bereits 137 PS. Dies habe zu einem Mehrverbrauch von 3,8 Milliarden Litern Kraftstoff geführt und zu 9,5 Millionen Tonnen zusätzlichen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid.

Verhaftet in Katar

Menschenrechte und Pressefreiheit interessieren in Katar gut sieben Jahre vor der WM weiterhin wenig.

Nach Angaben der englischen BBC hielten die katarischen Behörden im Juni eine mehrköpfige BBC-Crew nach einem Besuch bei nepalesischen Arbeitern auf einer der WM-Baustellen ohne Angaben konkreter Gründe über zwei Nächte im Gefängnis fest, sämtliches Arbeitsgerät wurde konfisziert. Die Ausreise der Gruppe wurde erst nach einer Woche gestattet.

Vor wenigen Wochen war ein Team der ARD unter ähnlichen Umständen vorübergehend festgesetzt worden. Katar ist mit 17% einer der Hauptaktionäre des VW-Konzerns, zwei Regierungsvertreter sitzen im VW-Aufsichtsrat.

Danke für vereinzelte Spenden beim Verteilen, Danke für die Leserbriefe (gerne mehr)!

Wir treffen uns in der Regel am 1. Montag um 17.00! Bitte vorher Kontakt aufnehmen, da wir wegen unterschiedlicher Schichten auch mal verschoben! Kontakt: siehe Impressum, oder Tel 360152 oder hupe@roter-kaefer.de

EU-Parlament winkt TTIP durch: Tolle Volksvertreter

Anfang Juli winkten Konservative, Liberale und Teile der europäischen Sozialdemokratie mit 436 zu 241 Stimmen eine Resolution durch, die den Abschluss des Freihandelsvertrages zwischen EU und USA unter Einschluss der Schiedsgerichte (ISDS) ermöglicht.

Mit diesen Schiedsgerichten parallel zum öffentlichen Recht können Unternehmen ihre Profitinteresse gegen Staaten durchsetzen. 4,7 Mrd. Euro fordert z.B. der schwedische Energiekonzern Vattenfall wegen des Atomausstiegs vom deutschen Steuerzahler.

Die europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ hat bereits 2,3 Millionen Unterschriften gesammelt. Weil „Investorenschutz“ und „Schiedsgerichte“ immer noch in dem TTIP-Text drin stehen, wackelten zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete mit ihrer Zustimmung zur Resolution. Da griff Bernd Lange (SPD), der den Resolutionsentwurf federführend erarbeitet hat, zu einem Trick: die ISDS-Schiedsgerichte sollen durch ein „neues System zur Streitbeilegung“ ersetzt werden. Aus der Werbebranche kennt man solche Tricks. Raider heißt jetzt Twix! Über einen weitergehenden Antrag, der ein klares Verbot der privaten Schiedsge-



richte gefordert hatte, ließ Parlamentspräsident Schulz (SPD) nicht einmal abstimmen. Wie wenig ernst Schulz, Lange und Co ihren eigenen Trick nehmen, zeigt das mit Kanada abgeschlossene Freihandelsabkommen CETA, das die geheimen Schiedsgerichte vorsieht. Die USA werden niemals einem Abkommen ohne Schiedsgerichte zustimmen, nachdem Kanada sie bekommen hat.

Der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Weiger, brachte es auf den Punkt: „Mit dieser Resolution macht das EU-Parlament vor den Großkonzernen einen Kottau.“ Deshalb ruft der BUND zusammen mit dem Bündnis „Stop TTIP“ zu einer Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin auf. Auch der DGB und die IG Metall sind diesem Bündnis inzwischen beigetreten. Die zentralen Forderungen der IG Metall sind: 1. Keine Gefährdung von Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, von Sozial- und Umweltstandards durch Freihandel 2. Kein Investitionsschutzabkommen im Rahmen von TTIP 3. Anerkennung aller acht ILO-Kernarbeitsnormen durch die USA.

Weitere Infos unter <http://ttip-demo.de/home>



Fachkräftemangel im BRD-Freundes- land: Henker

Die saudi-arabische Prinzengarde hält sich gern in den Bordellen von Beirut, in den Bars von Dubai oder auf Jachten vor St. Tropez auf. Da ist es wichtig, im eigenen Land nicht lockeren Lebenswandel zuzulassen. Genauer: Abweichlern vom Pfad der Scharia schnell ein kühles Grab zu verschaffen. So entwickelt die versiffte Herrscherclique den Schnaps- und Drogenhandel ebenso wie den angeblich mit Islam begründeten Terror erfolgreich im Ausland und fördert zu Hause das Kopf- und Handhackgewerbe. Bei Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) gilt die Bande aus dem Wüstenstaat, daher als »Stabilitätsfaktor« in der Region, weswegen Richtung arabische Halbinsel reichlich deutsches Schießgerät exportiert wird. Das bewährt sich in diesen Tagen beim Bombardieren von jemenitischen Staatsbürgern. Das öffentliche Köpfen in saudi-arabischen Städten findet dagegen auf traditionelle Weise mit dem Schwert statt. Das ist personalintensiv, zumal der seit Januar amtierende Sippenchef, genannt König, die Zahl der Hinrichtungen sprunghaft steigen ließ: 85 Todesurteile wurden in diesem Jahr bis Ende Juni vollstreckt, so viele wie im gesamten Vorjahr. Nun werden die Henker knapp. Das saudische Justizministerium barmte, nur wenige Männer wüssten noch mit dem traditionellen Säbel umzugehen, also zog die Regierung in Riad die Konsequenz und schrieb per Onlinejobportal acht Henkerstellen aus: Besondere Qualifikation nicht nötig, Gehalt im unteren Drittel des öffentlichen Dienstes. Wie es sich für frömmelnde Heuchler gehört, wird drumherumgeredet. Es geht demnach um »religiöse Funktionäre«, die bereit sind »die Todesstrafe zu vollstrecken und die Strafe für Diebstahl«. Der göttliche Segen ist ungewiss, Lob aus Washington und Berlin dagegen sicher.

OXI - Nein zum Europa der Konzerne

Die Vision der EU als eines Zusammenschlusses gleichberechtigter demokratischer Staaten mit sozialer Ausrichtung wurde mit dem Diktat der Eurogruppe für Griechenland endgültig zerschlagen.

Der Charakter der EU als undemokratische Wirtschafts-Vereinigung im Interesse der großen Konzerne unter politischer Führung Deutschlands wird immer offensichtlicher.

Demokratische Entscheidungen eines Volkes werden nur dann akzeptiert, wenn Sie den Interessen des Kapitals entsprechen. Eine Alternative zur Austeritätspolitik (Sparen und Sozialabbau) darf auf keinen Fall erfolgreich sein.

Der Versuch der griechischen Regierung ihrem Volk weitere Grausamkeiten zu ersparen, hätte nur dann erfolgreich sein können, wenn die europäische Linke in allen Ländern den Kampf gegen die Austeritätspolitik aufgenommen und ihre Soli-

darität mit Griechenland bekundet hätte. Diese Bewegung war zu schwach, namentlich in Deutschland.

Die Herrschenden in Deutschland werden das als Signal verstehen, auch hier weiter zu sparen.

Solange die Mehrheit unseres Volkes der Regierung und den Medien auf den Leim geht, dass „wir“ die Griechen durchfüttern, solange sie nicht erkennt, dass die deutsche Regierung mit ihren Bankenretungen das Problem erst zu einem Problem des Steuerzahlers gemacht hat, solange hier kein Protest laut wird, solange wird das Kapital und seine Regierung weiter seine Interessen gegen die große Mehrheit des Volkes durchsetzen.

Außenpolitisch wird dieser „deutsche“ Sieg dazu führen, dass im Ausland wieder Erinnerungen an den „häßlichen Deutschen“ wach und Fragen gestellt werden, die weit in die Vergangenheit reichen!